

Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd

Von römischen Resten über die Anfänge der Siedlung und die Stauferzeit, das Spätmittelalter bis hin zur verhinderten Reformation in der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd.

Klaus Jürgen Herrmann

Im Westen der Stadt, im Gewand Schirenhof, liegt das in der Mitte der siebziger Jahre ausgegrabene und in den Jahren 1998/1999 weitgehend restaurierte römische Kastell, das wohl um das Jahr 150 n.Chr. angelegt und bis in die dreißiger Jahre des 3. Jahrhunderts ausgebaut und sogar mit einem eigenen fast fünfzig Meter langen Badehaus versehen wurde. Das Lager war Teil der römischen Verteidigungslinie Limes gegen das unbesetzte Germanien und dürfte wohl um 260 n.Chr. aufgegeben worden sein. Mit im Jahr 1977 südöstlich des Kastells etwa entdeckten 300 Brandgräbern zählt das Kastell und seine nähere Umgebung zu den größten in Baden-Württemberg ergrabenen Nekropolen. Über eine Siedlungskontinuität durch die sich in der Gegend niederlassenden Alamannen ist nichts bekannt.

Die Ursprünge des heutigen Schwäbisch Gmünd werden wahrscheinlich um eine Mönchszelle *Gamundias* des Klosters Saint Denis bei Paris *in ducatu Alamanniae* liegen, erwähnt in einer in der Mitte des 9. Jahrhunderts gefälschten, auf das Jahr 782 datierten Urkunde des späteren Kaisers Karl des Großen. Im Jahr 1162 werden *cives* (= Stadtbürger) genannt; aufgrund einer Teilung im staufischen Haus ist für Schwäbisch Gmünd König Konrad III. (1138-1152) als eigentlicher Initiator der Stadtentwicklung anzunehmen, wenn auch nicht auszuschließen ist, dass auch andere Stauferpersönlichkeiten Anteil an diesem Prozess hatten. Schwäbisch Gmünd und sein näheres Umland gehörten zum ältesten staufischen Hausgut, es ist die zuerst bezeugte *Stadtgründung* auf staufischem Hausgut in Schwaben; allerdings wird Gmünd im Jahr 1188 wieder als *burgus* bezeichnet.

Die Lage an der im Mittelalter hochwichtigen Verkehrsstraße von Cannstatt nach Nördlingen und Augsburg beziehungsweise Nürnberg begünstigte den Ausbau eines wahrscheinlich schon bestehenden herrschaftlichen Mittelpunktes (Herrenhof mit frühmittelalterlicher Eigenkirche im Bereich des Areals Prediger / Johanniskirche). In der sogenannten Reichssteuerliste von 1241 steht die Stadt mit 160 Mark - im Vergleich etwa Ulm 80 Mark - auf einer Linie mit dem bedeutenderen elsässischen Colmar; auch die Judensteuer von 12 Mark bezeugt einen Handelsplatz von zumindest mehr als durchschnittlicher Größe. Die in staufischer Zeit angelegte innere Stadtmauer umschloss eine Fläche von ungefähr 16 Hektar und umfasste den heutigen inneren Stadtkern mit einer Anzahl befestigter Steinhäuser; der Markt, ausgerichtet von Norden nach Süden entlang dem Lauf des Tierach mit rippenförmig abzweigenden Straßen, wurde planmäßig angelegt. Das erste nachweisbare Gotteshaus ist eine kleine einschiffige Vorgängerkirche (etwa 30 m Länge und 11 m Breite) der 1225 urkundlich erstmals erwähnten heutigen Johanniskirche (Bauzeit etwa 1220 bis 1250); daneben existierte als Vorgängerbau des heutigen Münsters, der Stadtpfarrkirche, eine dreischiffige romanische Pfeilerbasilika mit geradem Chorschluss aus der Mitte des 12. Jahrhunderts. Vermutlich war die Vorgängerin der heutigen Johanniskirche zuerst Pfarrkirche; bei der Gründung der Stadt übernahm diese Funktion wahrscheinlich die neue Pfarrkirche. Das Siegel der Stadt - ein aufsteigendes Einhorn - ist seit dem Jahr 1277 belegt: Seine Herkunft ist ungeklärt.

Die Verwaltung der Stadt unterstand einem *scultetus*, im Jahr 1189 erstmals als staufischer Ministerialer erwähnt. Noch in staufischer Zeit, wohl in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, ließen sich die Franziskaner im Osten der Stadt nieder, 1240 erfolgte die Gründung des Frauenklosters Gotteszell vor den Toren der Stadt. Ebenfalls in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts wurde im Westen vor den Toren der Stadt das Siechenhospital St. Katharina angelegt. Nach dem Untergang der Staufer wurde ein erster Schritt zur Ratsautonomie und Selbständigkeit gemacht, als sich 1284 Berthold

Klebzagel als Bürgermeister vor den königlichen Schultheißen zu setzen vermochte; der Endpunkt ist erreicht, als 1430 König Sigismund das Schultheißenamt um 2000 fl an die Stadt verpfändet, es nicht mehr auslöst und so zu einem kommunalen Amt macht. Mit der Übertragung des Schultheißenamtes erhielt die Stadt auch das Recht, " *über das Blut zu richten*". Im Jahr 1434 bestätigte Kaiser Sigismund darüber hinaus das Recht, in einem größeren Bezirk als dem bestehenden Reichsstadtterritorium die " Freie Pirsch", ein Recht, das wahrscheinlich bis in Staufische Zeit zurückreicht. Analog zu dieser Entwicklung vollzog sich ein sozialer Umwandlungsprozess. 1344 gelang es den Handwerkern zum ersten Mal, Positionen im Rat zu besetzen; 1373 bestätigte Kaiser Karl IV. im Wesentlichen die Beteiligung der Zünfte am Stadtr Regiment. Allerdings gelang es den Zunftmeistern erst 1462, ständig in den Rat aufgenommen zu werden. Schwäbisch Gmünd hat überdies seit 1376 dem immer wieder erneuerten »Schwäbischen Städtebund" angehört und dessen Politik mitgetragen.

Nach 1350 gelang es, die Vorstädte durch eine zweite Stadtumwehung in das Gemeinwesen zu integrieren; ins zweite Jahrzehnt des 14. Jahrhunderts datiert die begonnene Errichtung der neuen Pfarrkirche im gotischen Stil, die die alte romanische ersetzte und unter wesentlicher Beteiligung der Baumeisterfamilie der Parler ab 1330 zum "*Schöpfungsbau der deutschen Spätgotik*" wird. Bereits in die Zeit vor 1269 fiel die Errichtung eines Spitals (" Spital zum heiligen Geist"), das im Laufe des 14. Jahrhunderts der Kontrolle des Stadtr Regiments unterstellt wird: Der ausgedehnte Grundbesitz des Spitals in über 30 Orten wird zur Keimzelle des Territoriums der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd. Nicht unwesentlich haben die Klöster das kulturelle und wirtschaftliche Erscheinungsbild der Stadt geprägt. 1284 ließen sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Pfarrkirche die Augustiner nieder, 1294 gründeten von Esslingen aus die Dominikaner ihren Konvent in Schwäbisch Gmünd. Das 1445 von der Schwäbisch Gmünderin Anna Hammerstetter gegründete Seelhaus trat vor 1476 dem Dritten Orden des Hl. Franziskus bei. In den Jahren 1476-1479 wurde auf Drängen des Rates das Kloster Gotteszell reformiert, die Schutzrechte der Stadt über dieses Kloster neu definiert.

Wirtschaftlich haben Fernhandel und Warenaustausch das Rückgrat der Stadtwirtschaft gebildet. Im Spätmittelalter existierte ein reger Kornhandel. Größere Bedeutung besaß auch der Zwischenhandel mit Weinen aus dem Neckarraum und dem Elsass vor allem in den bayerischen Raum. Gerber und Textilarbeiter prägten neben den Sondergewerben der Paternosterer (= Rosenkranzhersteller) und Gagatarbeiter die Wirtschaft der Stadt. Im 15. Jahrhundert werden die Produktion und der Export von Sensen zum größten Gewerbe der Stadt. Dagegen schien das bereits im 14. Jahrhundert erwähnte Gold- und Silbergewerbe zu dieser Zeit keine überregionale Bedeutung gehabt zu haben¹. Eine jüdische Gemeinde bestand von 1241 bis zum Jahr 1501, als der Magistrat ein königliches Privileg erlangte, keine Juden in ihren Mauern aufnehmen zu müssen.

Reformationsversuche gab es in Schwäbisch Gmünd in den Jahren 1524/25 durch den Priester Andreas Althamer aus Brenz bei Heidenheim, der in der ersten Hälfte des Jahres 1524 als Helfer des Stadtpfarrers Thomas Köllin nach Gmünd kam. Nach dem Tod Köllins (22. Juni 1524) bewarb sich Althamer vergebens beim Rat der Reichsstadt und beim alles entscheidenden Augsburger Domkapitel (das seit 1297 das Patronatsrecht über die Stadtpfarrkirche besaß, zuvor Kloster Lorch) um die vakante Pfarrstelle gegen den favorisierten Schwäbisch Gmünder Bürgersohn Ulrich Schleicher. Die vorübergehende Entlassung des evangelisch predigenden Althamer bewirkte eine Solidarisierung reformatorisch gesinnter Kreise. Ein sich neben dem Rat bildender, im Wesentlichen von den Zünften beschickter Gemeindeausschuss erzwang die Wiedereinstellung Althamers und die Duldung des evangelischen Gottesdienstes. Rat und konkurrierender Gemeindeausschuss mussten in der Folgezeit politisch zusammenstehen, um den Forderungen der aufrührerischen Bauern (" Gemeiner Heller Haufen") Widerstand entgegenzusetzen zu können. Nach der Niederlage der Bauern in der Schlacht von Böblingen verschärfte sich der politische Gegensatz zwischen Rat und

Gemeindeausschuss durch die erzwungene Mitwirkung des Ausschusses bei der Neubesetzung von Ratsstellen im Juni 1525. Althamer versuchte, zwischen den beiden politischen Blöcken in der Stadt lavierend, das gesamte kirchliche Leben umzugestalten und die Messe abzuschaffen. Ende Juni/Anfang Juli 1525 kam, vom Alten Rat gerufen, ein größeres Truppenkontingent des Schwäbischen Bundes in die Stadt: Der Gemeindeausschuss musste sich unter Druck auflösen, gleichzeitig schritt man gegen die aufsässigen Bauern ein. Althamer floh vor der drohenden Verhaftung aus der Stadt. Seine Flucht markierte im Wesentlichen das Scheitern der evangelischen und zünftischen Bewegung. Ein am 21./22. August in Schwäbisch Gmünd stattfindender Städtetag, den Ratsbotschaften der Reichsstädte Ulm, Schwäbisch Hall, Nördlingen und Esslingen beschickten, stellte die alte konfessionelle und politische Ordnung wieder her. Die gewaltsame Unterdrückung der evangelischen Bewegung in Gmünd *"hat möglicherweise die Entstehung einer täuferischen Gruppe in der Stadt gefördert"* (Ehmer: Reformationsgeschichte 209), die vom Rat wie den Zünften aber gemeinsam bekämpft wurde. Spektakulärer Höhepunkt bildete die öffentliche Hinrichtung von sieben Wiedertäufern am 7. Dezember 1529. Reste einer kleinen lutherischen Minderheit gab es noch bis zum Ende des 16. Jahrhunderts. Die in der Folge der Eroberung der Stadt durch Truppen des Schmalkaldischen Bundes 1546 aufgezwungene Annahme der Augsburger Konfession für einige Tage blieb peripheres Ereignis. Seit dem Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende der Reichsstadt 1802 wurde in der Stadt offiziell kein protestantischer Gottesdienst mehr geduldet. Eine wesentliche Änderung der Stadtverfassung wurde im Jahr 1552 durch eine Ratsreform erreicht, die Kaiser Karl V. durchführen ließ, um die konservativ - altgläubigen Kräfte zu stärken und das zünftische Element zurückzudrängen; das Ergebnis war die Herrschaft einiger weniger bestimmender Familien bis zum Ende der Reichsstadt; die Zünfte wurden weitgehend entmachtet und schieden im wesentlichen aus dem politischen Entscheidungsprozeß aus. Drei auf Lebenszeit gewählte Bürgermeister, die sich alle vier Monate im Vorsitz ablösten, regierten fortan die Stadt bis zum Jahr 1802.

Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Übergang an Württemberg 1802

Klaus Jürgen Herrmann

In der Zeit des Dreißigjährigen Krieges stand die katholische Reichsstadt fest zum Kaiser und der katholischen Liga, der man sich offiziell 1619 assoziierte. Invasionen durch Württemberg und Einquartierungen von kaiserlich - ligistischer wie von protestantisch - schwedisch - französischer Seite sowie Kontributionen und Reparationen an fast alle in Süddeutschland kriegsführenden Parteien überstand man einigermaßen glimpflich: Die finanziellen Aufwendungen für die Jahre 1619-1646 beliefen sich nach eigenen Berechnungen auf über knapp 1 Millionen Gulden; größere kriegsbedingte Zerstörungen waren nicht zu beklagen. Vorübergehendes Ereignis blieb die Überschreibung der Einkünfte der in und vor der Stadt gelegenen Klöster an den schwedischen Obristen Freiherr Christoph Martin von Degenfeld durch die schwedische Krone in den Jahren 1633/34.

Hexenwahn und Verfolgungen haben während des 17. Jahrhunderts, und hier schwerpunktmäßig vor und nach dem Dreißigjährigen Krieg, auch in Schwäbisch Gmünd rund 50 Menschen - überwiegend Frauen - das Leben gekostet. Einer ersten größeren Verfolgungswelle in den Jahren 1613/14 suchte der damalige Ratskonsulent Dr. Leonhard Kager vergeblich vorsichtig gutachterlich gegenzusteuern, indem er Denunziationen zu verbieten trachtete. Während im Zeitraum des Dreißigjährigen Krieges die Hexenprozesse weitgehend einschlieften und nur aus der Zeit von 1645 bis 1652 einzelne Verfahren bekannt sind, stieg die Hexenverfolgung in den achtziger Jahren des Jahrhunderts noch einmal an, um dann ganz zu verschwinden. Wesentlichere Einbrüche in die Bevölkerungsstatistik bewirkte die im Oktober 1634

ausgebrochene Pest. Als die Epidemie im November 1635 nach etwa 13 Monaten abklang, war nach vorsichtigen Schätzungen etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung Schwäbisch Gmünds an ihren Folgen gestorben.

Die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges haben zumindest in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts die wirtschaftliche Lage der Stadt nachhaltig beeinflusst; aber bereits in den ersten Jahrzehnten nach dem Westfälischen Frieden lässt sich der allgemeine Aufschwung an einer regen Bautätigkeit ablesen. Den Auftakt zum eigentlichen barocken Bauboom bildete der Konventsneubau des Franziskanerklosters durch den Vorarlberger Baumeister Eusebius Moosbrugger im Jahr 1718. Die Dominikaner zogen nach und ließen den 1724 vollendeten Neubau ihres Konvents durch Dominikus Zimmermann entwerfen. Das dritte Männerkloster, die Augustiner, berief für seinen Klosterneubau den Elchinger Baumeister Christian Wiedemann, die Deckenfresken stammen von Johann Anwander und seinem Gehilfen Franz Ferdinand Dent. Auf Betreiben des reichen Handelsherrn Franz Achilles Stahl baute 1753 Johann Michael Keller das Stammhaus der Patrizierfamilie am Marktplatz im neuen Stil um. Die Bauweise Kellers wurde für das barocke Schwäbisch Gmünd richtungsweisend, so bei der Umgestaltung der Augustinerkirche, der Dominikaner- und der Franziskanerinnenkirche. In den Jahren 1775 bis 1777 barockisierte der Meister die ehemals gotische

Leonhardskapelle. 1764 errichtete er das Kapitelshaus des 1761 eingerichteten Kollegiatsstiftes an der Pfarrkirche, 1770 das Pfarrhaus auf dem Salvator, einer schon nach Um- und Ausbau im 17. Jahrhundert viel besuchten Wallfahrtsstätte; außerdem baute er Patrizier - Wohnhäuser, die bis heute das Stadtbild prägen, im Jahr 1780 auch ein Lusthaus (im heutigen Stadtgarten) für Bürgermeister Georg Franz von Pfeilhalde. Grundlage dieses Baubooms bildete die Schwäbisch Gmünder Wirtschaft: Um 1700 waren in der Reichsstadt etwa 70 Hauptgewerbetreibende in acht Zünften zusammengeschlossen. Sieht man von den traditionellen Berufen ab, die lediglich den reichsstädtischen Markt und das nähere Umland belieferten, so fällt vor allem das Kunstgewerbe auf, das starken Export nachweisen konnte. So entwickelte sich ab etwa 1750 ein schwunghafter Handel mit geschnitzten Pfeifenköpfen in silbernen Beschlägen und verzierten Blechdeckeln vor allem in die Schweiz und nördliche Staaten Deutschlands. Ebenso schwunghaft gestaltete sich der Exporthandel für Perlstickerei an Taschen, Geld - und Tabaksbeuteln sowie Uhrbändern. Die Gewerbe der Kantengießer und Zinnarbeiter gingen Mitte des 18. Jahrhunderts ein, als sich der Publikumsgeschmack dem nun neomodischen Porzellan zuwandte. Große Bedeutung erlangte bereits während des 17. Jahrhunderts die Produktion von sogenannten Paternostern aus Gagat, Holz, Elfenbein oder Kristall. Als Hauptabsatz - und Umschlagsmärkte fungierten Venedig, Malland, Lyon, Lissabon und Byzanz. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts verlor jedoch auch dieser Gewerbebezweig seine wirtschaftliche Bedeutung: Die Jahre 1724 und 1726 bringen die letzten schriftlichen Aufzeichnungen über diese Zunft und die Zuliefererindustrie der Kristallarbeiter. Geringere Bedeutung für die Exportwirtschaft hatten Produkte der heimischen Waffenschmiede und Büchsenmacher. Die Beindreher oder Elfenbeinschnitzer, ein anderer Kunstgewerbebezweig, erlebten in der Mitte des 17. Jahrhunderts eine wirtschaftliche Blütezeit. Begünstigt durch die umfangreiche Schafzucht in der Umgebung, entwickelten sich ab 1750 bemerkenswerte Ansätze zu einer Woll -, später auch Baumwollindustrie.

Im Lauf des 18. Jahrhunderts verloren alle diese Kunstgewerbebezweige aber langsam an Gewicht, allein das Gold- und Silberhandwerk behielt seine überregionale Bedeutung². Die Mehrzahl der in diesem Gewerbe tätigen Schmiede befasste sich jedoch hauptsächlich mit der Herstellung von Bijouteriewaren. Nicht größere Arbeiten, sondern vielmehr im Verlagssystem produzierte Kleinstücke wie Beschläge und Schließen charakterisierten die zünftische Kunst. Konkurrenzkampf und Überproduktion drängten zur verbilligten Massenware. Der Magistrat zeigte sich nicht

ganz schuldlos an dieser Entwicklung, da er durch Einführung fester Verkaufstaxen die Schwankungen am Markt zu wenig berücksichtigte. Schwäbisch Gmünd war - trotz merkantilistischer Schutzpolitik einiger Flächenstaaten wie Bayern und Österreich - auf fast sämtlichen deutschen Messen vertreten; über Geschäftsverbindungen in Nürnberg gelang es in den 1750er Jahren, die " *Gmünder Waaren* " - so die Bezeichnung der Bijouterieerzeugnisse - bis nach Russland zu exportieren. Über Kompensationsgeschäfte vor allem mit südlichen Ländern in Europa kamen in die Stadt Weine, Seide, Gewürze und Baumwolle. Trotz gelegentlicher konjunktureller Einbrüche - um die Mitte des 18. Jahrhunderts mussten zahlreiche Gold- und Silberschmiede auswandern - und verschiedener Handelshemmnisse (zeitweises Einfuhrverbot in Bayern und Österreich, 1707 in Nürnberg, 1758 in Augsburg) entwickelte sich das Gold- und Silbergewerbe kontinuierlich hin zur Schmuckwarenindustrie der Stadt im 19. Jahrhundert.

In der Reichsstadt herrschte seit der Verfassungsänderung Karls V. 1552 eine geschlossene aristokratische Schicht, die sich durch Kooptation immer wieder selbst ergänzte. Zwar überlebten genossenschaftliche Elemente der alten Zunftherrschaft im Großen Rat, jedoch war die Macht nun im wesentlichen dem abgeschlossenen Kleinen oder Geheimen Rat übertragen, eine Machtfülle, die der kaiserliche Vereinigungsrecess von 1755/58 nur unwesentlich schmälerte. Je mehr im Verlauf der Entwicklung absolutistischer Tendenzen das Bürgertum an Mitspracherechten zu verlieren schien, um so mehr griff die Erkenntnis Platz, in einem gesetzlich geregelten Verhältnis eigene Rechte bewahren zu können. In der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd mußte der Magistrat durch kaiserliche Anstände im 18. Jahrhundert gleich dreimal zu Verträgen mit der eigenen Bürgerschaft gezwungen werden: Hauptergebnisse waren hier die Festsetzung des Stadtrechts sowie gewisse Mitspracherechte der Bürgerschaft bei Wahlen und in der Finanzverwaltung.

Das Territorium der Reichsstadt, in wesentlichen Teilen vom 14. bis zum 16. Jahrhundert erworben, gehörte zum größten Teil den Schwäbisch Gmünder Klöstern und Stiftungen, allen voran dem Dominikanerinnenkloster Gotteszell und dem Spital zum Hl. Geist. Da die Ausübung aller wesentlichen Herrschaftsfunktionen beim Magistrat als Schirmherr lag, konnten diese Besitzungen jedoch wie die städtischen zentral verwaltet werden: Das ursprünglich in vier Ämter aufgeteilte Gebiet erfuhr im Jahr 1728 eine administrative Straffung bei der Zusammenlegung von je zwei Ämtern unter einen Vogt. Allerdings blieb auch das Verhältnis des Magistrats zu den auf dem Land lebenden Untertanen ungeklärt; Prozesse über Struktur und Qualität der Herrschaft wurden das ganze 18. Jahrhundert über geführt und bis in die württembergische Zeit nach 1802 verschleppt.

Die Koalitionskriege, die das Reich 1792-1797 und 1799-1801 gegen die französische Republik führte, schlugen in ihrer Auswirkung auch auf die Reichsstadt zurück: Besetzungen und Kontributionen höhlten die letzten wirtschaftlichen Ressourcen aus, spätestens seit 1797 war die Stadt, verursacht auch durch Missmanagement und eingeschränkte Exportmöglichkeiten in Kriegszeiten, bankrott. Der Friede von Luneville (9. Februar 1801) und ein französisch - württembergischer Geheimvertrag vom 20. Mai 1802 besiegelten auch das Ende der Freien Reichsstadt Schwäbisch Gmünd mit ihrem damals 160 qkm großen Gebiet und rund 15000 Einwohnern, davon etwa 5000 in der Stadt selbst lebend.

Von der Übernahme der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd durch Württemberg 1802 bis zur Revolution 1848/49

Klaus Jürgen Herrmann

Am 9. September 1802 nahm das Herzogtum Württemberg militärisch Besitz von der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd, am 26./27. November erfolgte die Übernahme der Zivilverwaltung. Alle Kassen wurden mit Beschlagnahme belegt, die Beamten auf die neuen Dienstherrn verpflichtet. Das Dekret über die Inbesitznahme der Klöster in der Stadt datiert vom 9. Dezember 1802. Württemberg antizipierte mit diesen Schritten den

endgültigen

Beschluss der Reichsdeputation in Regensburg vom 25. Februar 1803, der die Entschädigung für den Verlust der linksrheinischen Besitzungen u.a. auch mit dem Erwerb der Reichsstädte in Niederschwaben regulierte. Das neue Oberamt bestand im Wesentlichen aus dem ehemaligen reichsstädtischen Gebiet, dessen Bereich sich aber in der Folgezeit mehrfach veränderte. Bei der Überprüfung des städtischen Haushaltes, des Spitalhaushalts und der verschiedenen Stiftungen durch eine württembergische Organisationskommission, stellte sich heraus, dass die Stadt in den vergangenen Jahrzehnten auch infolge der Kriegseinflüsse schlecht gewirtschaftet hatte, in den letzten Jahren sogar bankrott gewesen war. *" Unter bewusster Ausserachtlassen aller Zinsverpflichtungen drückte die Organisationskommission den auf 1 028 276 Gulden berechneten Schuldenstand der Stadt auf 683 632 Gulden herab "* und zog zur Tilgung der Restschulden das Vermögen sämtlicher Pfründen und Stiftungen heran, deren Prüfung allerdings ebenfalls Grund zur Bemängelung gab. Die Übernahme der ehemaligen Reichsstadt und die Aufhebung und Säkularisierung der sechs Klöster (Augustiner, Dominikaner, Dominikanerinnen, Franziskaner, Franziskanerinnen, Kapuziner) durch die neuen Herren ging ohne äußere Komplikationen vor sich: Bereits am 7. Mai 1803 feierte man in der Stadt pompös die Erhebung Württembergs zum Kurfürstentum.

Württemberg seinerseits machte mit verschiedenen Massnahmen klar, dass man mit dem alten korporativen reichsstädtischen Geist aufräumen wollte : Die Mehrzahl der reichsstädtischen Beamten wurde nicht übernommen und per Dekret im Jahr 1805 der Namen der Stadt Schwäbisch Gmünd in Gmünd umgewandelt; die seit Ende des 18. Jahrhundert bestehende Bürgergarde musste sich zum 7. Mai 1804 selbst auflösen, das zumindest seit dem Dreissigjährigen Krieg bestehende, jährlich gefeierte Passionsspiel durfte das letzte Mal 1803 aufgeführt werden. Die mit den Württemberger in die bis dahin rein katholische Stadt gekommenen Protestanten erhielten mit dem Militär in der aufgelassenen ehemaligen Kirche des Augustinerklosters ihre eigene Garnisonskirche, die dann 1832 auch offiziell evangelische Stadtpfarrkirche wurde; das 1803 ausgeräumte Dominikanerkloster erklärte man endgültig im Jahr 1808 zur württembergischen Kaserne und das Frauenkloster Gotteszell vor den Toren der Stadt wurde zu einer Frauenstrafanstalt umfunktioniert . Gegen alle diese Neuerungen regte sich kein Protest in der Bevölkerung. Im Gegenteil: Der Geist der Aufklärung und Rationalisierung griff auch auf katholische Bevölkerungskreise über. Der ehemalige reichsstädtische Stiftspropst und jetzige Stadtpfarrer an Hl.- Kreuz Thomas Kratzer purifizierte seine Kirche durch Übertünchung der farbig gehaltenen Kirchendecken und ersetzte den pompösen barocken Hochaltar von 1670 durch einen in seine Zeit passenden nüchternen klassizistischen Altar. Das dem pädagogischen Fortschrittsgedanken verpflichtete neue Jahrhundert zeigte sich auch in Gmünd: 1807 regte der Franziskanermönch Mansuet Franz einen Gehörlosenunterricht an. Stadtpfarrer Kratzer nahm diese Idee auf und ließ in Freising den Lehrer Leonhard Alle als Gehörlosenlehrer ausbilden. Unter seiner Ägide wurde die Schule 1817 staatlich und bereits 1832 konnte dem Institut eine Blindenanstalt angeschlossen werden. Nach den Napoleonischen Kriegen war das arg heruntergekommene traditionelle Gold - und Silbergewerbe in Gmünd zu Beginn der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts wieder auf 240 Personen angewachsen und das bei einer Bevölkerungszahl von 5900 Einwohnern im Jahr 1818. Randgemeinden wie etwa Rechberg oder Waldstetten verarbeiteten weiterhin Pfeifenköpfe und Tabaksdosen aus Holz³, die in der Stadt dann Beschläge in Gold oder Silber erhielten. Weitverbreitet bis weit ins 19. Jahrhundert war die Perlstickerei im Verlagssystem und der Vertrieb von Perltaschen und Perlbeutel⁴. *" Die bis zum Ende des 18. Jahrhunderts sehr fleissig betriebene Woll - und Baumwollverarbeitung konnte sich nur noch in geringen Resten über die die Jahrhunderte hinwegretten, um bis 1840 als Gewerbebranchen völlig wegzufallen. Diesen*

Gewerbebezweigen voran aber ging die Herstellung von Filigran - Semilor - und Tombakschmuckwaren, denen sich billige "Cramerey - und Wallfahrtswaren" zugesellten, die von den einzelnen Goldschmiedefamilien in Akkordarbeit angefertigt und durch die einheimischen Kaufleute auf Messen und Jahrmärkte vertrieben wurden. Die in Massen erzeugten Artikel entsprachen einerseits dem Bedürfnis für billige, aber geschmackvolle Erzeugnisse, unterboten aber andererseits den Feingehalt echter Produkte und konnten den Vorschriften veralteter Zunftvorschriften nicht standhalten. Allein für Filigranwaren wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts jährlich nicht weniger als 600 - 750 kg verarbeitet. Aus der Höhe dieses Umsatzes geht hervor, wie sehr die Filigranwaren in den Vordergrund gerückt waren.⁵" (Kucher : Wirtschaft 49)

Mit der am 1. Januar 1813 eröffneten " *Öffentlichen Gold - und Silberanstalt*" ging das Beschauwesen von den Zünften auf die Stadt über und damit wurde der Einstieg in die Industrialisierung erleichtert. Der Gmünder Kaufmann Johann Chrysostomus Mayer leitete mit seinem Buch "*Ideen über den Verfall des Handels und der Fabrikation*" im selben Jahr theoretisch die Abkehr vom alten Zunftwesen ein, warb für Rationalisierung und Industrialisierung und die Anschaffung neuer Maschinen." *Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Zollvereins im Jahr 1834 schuf dann insbesondere für die exportabhängige Gmünder Edelmetallindustrie die Grundlage, ihre Absatzgebiete beträchtlich zu erweitern und sich an die Spitze der süddeutschen Edelmetallwaren - Erzeuger zu setzen.*" (Kucher, Wirtschaft 56) Als der eigentliche Neubegründer der industriellen Silberwaren - und Goldindustrie gilt Nikolaus Ott, der auf dem Gebiet der galvanischen Vergoldung neue Wege beschritt wie auch bei der weitgehenden Mechanisierung seiner Fabrikation; diese wichtigen Erweiterungen Otts ergänzte der Kaufmann Carl Gottlob Erhard durch die Einführung der Galvanoplastik. Rationelle Fabrikation und sinnvolle Ausgestaltung der Erzeugnisse hießen von nun ab die Schlagworte: Im Jahr 1830 fügte man in diesem Sinn der schon seit Ende des 18. Jahrhunderts in der Stadt bestehenden Zeichnungsschule eine Graveurschule hinzu. In den Jahren 1820 bis 1837 wurden in der Stadt sechs neue Silberwarenfabriken gegründet. Seit 1840 werden auch die alteingesessenen Fabriken von der Industrialisierungswelle erfasst. Eine Zählung im Jahr 1861 ergab , daß in 13 Betrieben der Silber - Gold - und Bijouteriewarenindustrie rund 1500 Arbeiter beschäftigt waren .Diese ersten neuen industriellen Niederlassungen liegen alle noch innerhalb der mittelalterlichen Stadtumwehrung, die man dann in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sukzessive niederlegte : Freies Areal gab es auch überall in der Stadt, so etwa zwischen dem ehemaligen Augustinerkloster und der Ackergasse oder in der Waldstetter Vorstadt. Mitten im Zentrum, im Milchgässle, gegenüber dem Kornhaus, dem alten reichsstädtischen Kornspeicher, beginnt Nikolaus Ott & Comp. etwa im Jahr 1844 mit dem Bau eines modernen damals zweigeschossigen Fabrikgebäudes. Erst Eduard Forster ging 1844 mit seinem spätklassizistischem Neubau am "*Unteren Tor*" in der Bocksgasse aus dem eigentlichen Stadtkern heraus. Bedeutend auch für das geistige Leben in der Stadt wurde im Jahr 1825 die Gründung eines katholischen Schullehrerseminars für Württemberg im aufgelösten Franziskanerkloster. Die Anlage eines zentralen Schiessplatzes im langgezogenen Sulzbachtal , östlich des ehemaligen Klosters Gotteszell , mit anschließendem Barackenlager für die dort stationierten Soldaten sowie die schon erwähnte Umwandlung des ehemaligen Dominikanerklosters zur Kaserne machten Gmünd zu einem der wichtigen württembergischen Garnisonsorte. Die Wirtschaftskrise des Jahres 1847 war dann auch ein Auslöser der Revolution von 1849/49 in der Oberamtsstadt Gmünd⁶. Ein von dem Fabrikanten Eduard Forster getragener "*Bürgerverein*" erzwang den Rücktritt des Stadtschultheißen Dr. Franz Josef

Steinhäuser und nach der Neuwahl des Gmünder Stadtrates am 4./5. April 1848 konnte sich Forster als Amtsverweser in der Stadt durchsetzen. Unter dem Eindruck eines patriotischen Aufrufs des von Rechberg stammenden Dr. Johannes Scherr in Göppingen für die nationale Einheit Deutschlands und die dafür kämpfenden Menschen in Berlin und Wien am 8. April bildete sich unter Anleitung des Gmünder Rechtskonsulenten *Karl Wolff* und unter dem Vorsitz des Gmünder Kaufmanns Johannes Buhl am 10. April der "*Vaterländische Verein*" im Rotochsen - Keller. Vorstand des Vereins wurde ebenfalls der Fabrikant Forster, der auch den Landtagssitz für Gmünd bei der Wahl am 18./19. Mai 1848 erringen konnte. Bei der Wahl zur Nationalversammlung in Frankfurt a. M. am 25.-27. April 1848 unterlag er jedoch dem Redakteur Dr. Gottlob Tafel aus Welzheim für den Wahlkreis Schorndorf -Welzheim - Gmünd.

Unter der technischen Leitung Johannes Buhls entstand am 22. April 1848 eine Aktiengesellschaft zur Gründung einer Gewehrfabrik für die Gmünder Bürgerwehr unter dem Kommando des Silberwarenfabrikanten Karl Roell in der Schmalzgrube ("*Schwörhaus*"). Infolge der politischen "*Umorientierung*" Forsters kam es am 15. Juli 1848 zur Spaltung des "*Vaterländischen Vereins*", dem Rücktritt Forsters als Gmünder Stadtschultheißen - Amtsverweser und der Gründung eines konkurrierenden "*Vaterländischen Vereins*" durch den evangelischen Stadtpfarrer Karl Friedrich Hermann Wagner. Eduard Forster bekannte danach im Gasthof Kreuz, "*daß ich durch und durch Republikaner bin*". Als Gegenmassnahme auf Angriffe gegen seine Person und seine politische Richtung durch die Zeitung "*Remsthalbote*" gab Forster am 3. März 1849 eine neue Zeitung "*Der Märzspiegel für freie Bürger zu Berg und Tal*" heraus. Der Kampf beider Presseorgane gegeneinander beeinflusste nicht unwesentlich die politische Entwicklung in der Stadt im Zeitraum zwischen 1849 und 1851. Nach der Wahl des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. am 28.3. 1848 in Frankfurt am Main zum Deutschen Kaiser unterstützten in Gmünd und Umgebung neben Forster und Buhl vor allem der evangelische Pfarrer von Alfdorf, *Gustav Gottlob Scholl*, die Forderungen der Nationalversammlung und die dort verabschiedete Verfassung. Die Landtagswahlen zum 1. August 1849, am 19./20. Februar und am 20./21. September 1850 gewann Forster mit seinem republikanischen Programm gegen seine konservativ - liberalen Mitbewerber. In der Schultheißenwahl vom 30. und 31. August 1848 und der notwendigen Zweitwahl erhielt zwar der Ex- Stadtschultheiß Steinhäuser die meisten Stimmen, nicht aber die qualifizierende 2/3 Mehrheit; der König ernannte den bisherigen Amtsverweser Wilhelm August Gottlieb Kohn zum neuen Stadtschultheißen.

Im Februar 1851 wurde Forster vom Schwurgericht Ludwigsburg wegen Aufwiegelung von württembergischen Soldaten zum Ungehorsam im Jahr 1849 zu zwei Monaten Festungshaft verurteilt, Johannes Buhl büsste seinen Widerstand vor allem gegen die höheren Chargen des Militärs in Gmünd mit dem Verbot, seinen "*Turnunterricht*" an den Schulen der Stadt weiter durchführen zu können. Dr. Johannes Scherr floh steckbrieflich gesucht in die Eidgenossenschaft, wo er seit 1860 als Professor der Geschichte in Zürich am dortigen Polytechnikum lehrte, den Pfarrer *Scholl aus Alfdorf* versetzte man nach einer *Schamfrist* auf die Pfarrstelle nach *Heubach*. Als König *Wilhelm von Württemberg* am 21. September 1852 die Oberamtsstadt Gmünd besuchte, wurde er vom größten Teil der Bevölkerung herzlich empfangen. Vergessen war jedenfalls, dass der König selbst in einer Kabinettsordre vom Jahr 1849 die Gmünder als "*Wähler*" und politisch unberechenbar eingestuft hatte.

Die industrielle Phase von 1848 bis zur Ausrufung als Notstandsgebiet 1934

Klaus Jürgen Herrmann

Die Phase von 1849 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ist in der Oberamtsstadt Gmünd gekennzeichnet durch eine stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der das Gemeinwesen prägenden Gold - und Silberindustrie : Allein etwa in der Zeit von 1856

bis 1860 erhöhte sich die Zahl der Fabriken von 17 auf 29. Die höchst besteuerten Betriebe sind in den Jahren 1860/70 die Goldwarenfabrik Ott & Comp., die Silberwarenfabrik Gebr. Deyhle & Böhm, E. und A. Forster und J. und A. Walter. Nach der Reichsgründung überstand das Gewerbe auch das Krisenjahr 1873 ohne sonderliche Rückschläge. Gleichzeitig setzte aber auch ein sozialer Umwandlungsprozess in der Arbeiterschaft ein : *"Ausschlaggebend für die Entwicklung dieser Klasse war die lokale Infrastruktur. Die Lohnarbeiter waren in den vorherrschenden Klein - und Mittelbetrieben sehr eng an ihren "Prinzipal" gebunden. Auch nach der Mechanisierung der Produktion hatte sich der ausgesprochen patriarchalisch geartete Führungsstil erhalten können und zeigte eine grosse Beharrlichkeit. Die geschichtliche Entwicklung der Gmünder Arbeiterbewegung, der Zusammenschluss der abhängigen Lohnarbeiter mit dem Ziel, die bestehenden und festgefahrenen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse zu verändern, bildete einen wesentlichen Bestandteil der Stadtgeschichte im 19. Jahrhundert "*. Ein erster Schritt hin zur gewerkschaftlichen Zusammenschließung der Arbeiter bildete 1867 die Gründung eines Ortsvereins der Gold - und Silberarbeiter in der Stadt, der aus dem 1866 gebildeten Arbeiterbildungsverein hervorging.

Die Stadtschultheißen Wilhelm Kohn (1849-1877), Adolf Untersee (1878-1893) und Paul Möhler(1894 - 1922) waren die Männer, in deren Amtszeiten die Stadt im wesentlichen zu dem geworden ist, als was sie sich noch heute zeigt. Ohne Zweifel war der Anschluss an das Schienennetz im Jahr 1861 der Beginn einer neuen Ära in wirtschaftlicher wie städtebaulicher Hinsicht.

Tore und Stadtmauern wurden bereits zum grossen Teil unter Stadtschultheiß Dr. Georg Mühleisen (1818-1841) niedergelegt. Es fehlten aber noch bis in das Jahr 1870 Planungen für eine große Ringstrasse entlang der ehemaligen Befestigung. Lediglich ein Teilstück vom ehemaligen Bockstor bis zum Waldstettertor, die heutige Parlerstrasse, existierte schon. Ab 1870 führte man eine Stadterweiterung zu Füssen des Zeiselbergs aus, erstellte die Zeiselberg - und Königsturmstrasse und begann mit dem Bau der städtischen Kanalisation. Für die Verdolung der Bäche wurden die letzten Reste der Stadtmauer verwandt. Im Umkreis des Waldstettertors projektierte der Gemeinderat im Jahr 1872 die heutige Rechbergstrasse mit Abzweigungen, die Weißensteinerstrasse in Richtung Waldstetten und die Klarenbergstrasse , drei neue Hauptstrassen mit neuen Siedlungsgebieten.

Die Westgrenze der Stadt bildete seit der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts der Josefsbach und die dort verlaufende Stadtmauer. Der noch heute stehenden Fünf - Knopf- Turm ist wesentlicher Teil dieser westlichen Ummauerung. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs die Stadt auch im Westen über ihre mittelalterliche Begrenzung entlang des Josefbaches hinaus. Der Stadtbauplan aus dem Jahr 1863 legte Bauarealgrößen und Straßenbreiten fest und gab eine Generallinie für die geplante Neubebauung vor. Der Mauerring wurde bis 1870 ganz beseitigt und die heutige Uferstrasse mit kleineren und größeren Villen angelegt. Bis zu dieser Zeit standen im Westen der Stadt *"extra muros"* lediglich das 1326 erstmals erwähnte Leprosenspital , die 1677 erbaute Josefskapelle und ein Rokokoschlösschen , das 1780 vom Stadtbaumeister Johann Michael Keller für den damaligen Stättmeister Johann Georg von Stahl errichtet wurde. Die nördlich anschließende Remsbrücke - 1807 neu mit den Steinquadern der abgerissenen Veits - und Michaelskapelle erbaut und 1952 nach Kriegszerstörungen in ihrer heutigen Form wiederhergestellt - verband bereits im Mittelalter die Kernstadt mit der Landstrasse nach Stuttgart . Infolge des Industrialisierungsbooms und des Eisenbahnbaus durch das Remstal wurde das heutige Bahnhofsgebäude in den Jahren 1860/61 erbaut. Im Verlauf einer neuen Bebauungsperiode von etwa 1890 bis 1912 errichtete man im westlichen Stadtgebiet eine Reihe wichtiger Gebäudekomplexe , wie am Bahnhof das Hauptpostgebäude in den Jahren 1910/11, das Katholische Schullehrerseminar 1905, St. Ludwig, die Staatlich Höhere Fachschule für das Edelmetallgewerbe 1909 und ab 1898 auf dem Grund des *"Stadtgartens "* eine *Städtische Turn - und Festhalle*, die erst im Oktober 1980 abgerissen und durch den neuen *"Stadtgarten"* im Jahr 1984 ersetzt wurde. Die

außerhalb liegenden, von der Uferstrasse nach Westen führenden Strassen besaßen nur wenige Häuser und die genannten grossen Projekte standen *"frei im Gelände"*. Im Jahr 1923 schrieb die Stadt einen Bebauungsplanwettbewerb aus, in dem Paul Bonatz eine gezielte Siedlungserweiterung nach Westen bis in die Nähe von St. Katharina und im Südwesten bis zum Verlauf der Göppinger Bahn vorschlug. Entlang der Goethestrasse und der Schwerzerallee wurden vor allem vor und nach dem Zweiten Weltkrieg gewerbliche Betriebe angesiedelt. Mit der Diözesansiedlung griff die Bebauung ab 1955 erstmals über die Göppinger Bahn hinaus, als 1956 das ehemalige Stiftsgut bebaut wurde.

Hatte man sich bei Veränderungen im historischen Stadtkern des 19. Jahrhunderts im wesentlichen damit begnügt, durch Abriss der als mittelalterlich- eng empfundenen Stadtumwehrung und der noch vorhandenen Türme (6 Türme der Stadtbefestigung blieben stehen) sich der *"modernen Lebensweise"* zu öffnen, so wollte man im Zeitalter des Historizismus im letzten Drittel dieses Jahrhunderts auch das Seine zur Wahrung oder Wiederherstellung vermeintlicher Tradition beitragen : Mit der Reromanisierung in den Jahren 1869 bis 1888 der in Gotik und Barock stellenweise umgestalteten romanischen Johanniskirche aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts schuf man gleichzeitig ein der Zeit genehmes *"Stauferdenkmal und einen Luxusbau von 1870"*. Dass man in Gmünd sich aber immer noch schwer mit den Bauten seiner historischen Vergangenheit tat, zeigte etwa im Jahr 1885 die allerdings folgenlos gebliebene Diskussion um einen möglichen Abbruch des Kornhauses. Die Erbauung der Schillerschule im Jahr 1880 und die Erbauung des Blindenasyls - in seiner alten Form im Jahr 1971 abgerissen und wieder neu aufgebaut - machte allerdings deutlich, daß man sich als Sozial - und Schulstadt einen Namen zu machen versuchte.

Noch innerhalb der ehemaligen Stadtbefestigung errichtete der katholische Gesellenverein in den Jahren 1873/74 und nach einem Umbau in den Jahren 1892/93 im Freudental sein großes Vereinshaus, das im Laufe der Zeit wegen seines kuppelförmigen Dachaufsatzes im Volksmund den Namen *"Der Vatikan"* erhielt. Sechs Jahre nach einer neuen Straßenbenennung in der Stadt wird im Jahr 1892 das Pflastergeld, die Gebühr für die Benutzung der Strassen der Stadt, endgültig aufgehoben. Im Jahr 1893 geht auch das bisher als Aktiengesellschaft geführte Gaswerk in den Besitz der Stadt über und wird die bis dahin erhobene Gassteuer abgeschafft. Im selben Jahr verlegen die Barmherzigen Schwestern ihr Stammhaus von Gmünd nach Obermarchtal , das städtische Arbeitsamt öffnet zum 1. April seine Tore, das Gmünder Reallyzeum wird zum Realgymnasium erhoben und im Dezember 1896 erfolgt die teilweise Inbetriebnahme des Städtischen Wasserwerks

Seit den 70er Jahren machte sich noch einmal *"eine starke Belebung der Edelmetallbranche bemerkbar"*. In der Stadt werden zum Stichjahr 1870 36 Fabriken, 65 Handwerksbetriebe und ca. 40 Hilfsbetriebe des Bijouteriegewerbes gezählt. Durch Einführung neuer Verfahren - etwa bei den Walzen - erfuhr die Herstellungstechnik im Edelmetallgewerbe Verbesserungen, *"indem für den Bau grosser Walzen und kleiner Handwalzen eine Spezialindustrie entstand. Gleichzeitig kam die Bijouterie -, Maschinen- und Mechanikindustrie auf, mit deren Hilfe die feinen Artikel wie Ketten, Schmuckstücke, Ringe u.a. maschinell hergestellt werden konnten"* .. Der mehr als gute Geschäftsgang der Gold - Silber - und Bijouterieindustrie verhinderte jedoch die Ansiedlung der Double - Produktion in grossem Umfang, was sich in der Konkurrenz etwa mit dem badischen Pforzheim nachteilig für die Stadt auswirken sollte, Das im Jahr 1900 errichtete Elektrizitätswerk dagegen war für die Produktion in den Fabriken förderlich.

Im Jahr 1907 wurde die kunstgewerbliche Abteilung der Gewerblichen Fortbildungsschule als *"Höhere Fachschule der Edelmetallindustrie"* verstaatlicht: Dahinter stand die Absicht durch eine gezieltere Ausbildung für die Edelmetallindustrie neuen ideenreichen und leistungsfähigen Nachwuchs heranzuziehen. Bereits ein Menschenalter zuvor war auf private Initiative des Industriellen Julius Gustav Erhard im Jahr 1876 ein Kunstgewerbemuseums errichtet worden, das dann im Jahr 1890 auf dem Weg der Schenkung von der Stadt übernommen wurde und zum Vorgänger des

heutigen städtischen Museums wurde. Eine weniger glückliche Hand zeigte man bei der Behandlung der Bestände des alten reichsstädtischen Archivs : Nach einigen Aushebungen im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde der noch vorhandene Rest unter Eigentumsvorbehalt an das württembergische Staatsarchiv im Jahr 1900 abgegeben . Die in den Jahren 1901/02 errichtete klassizistische Badeanstalt an der Klösterlestrasse wurde erst im Lauf eines Sanierungsvorhabens in der Münsterergasse im Jahr 1974 niedergelegt. Infolge guter Steuereinnahmen konnte auch - in Hinsicht auf die heimische Wirtschaft - in den Jahren 1901/02 das Gaswerk mit einer grösseren Dampfkesselanlage versehen und der Hauptbahnhof vergrößert werden. Es entsprach auch dem großbürgerlichen Zeitgeist, dass am 17. November 1904 die Einweihung des neubauten Gymnasiums im Westen der Stadt erfolgen konnte. Mit der Einführung der Gasbeleuchtung in der Stadt im Jahr 1906, der Errichtung einer biologischen Kläranlage und der Aufstellung eines generellen Kanalisationsplanes für die Stadt zeigte man früh an, dass man die Erfordernisse der modernen Zeit erkannt hatte. Im Jahr 1909 konnte man die Einweihung der neubauten Staatlichen Höheren Fachschule und des Städtischen Sammlungsgebäudes - beide Bauten von Martin Elsäßer - feiern, zugleich auch den Umbau des ehemaligen Franziskanerinnenklosters als Volksschule. 1913 wird im Osten der Stadt die neubaute Bismarckkaserne bezogen: Schon im Jahr zuvor hat die Stadt die "Alte Kaserne ", das ehemalige Dominikanerkloster und den heutigen Prediger, vom Staat für 183000 Mark übernommen.

Im Umkreis der Edelmetallindustrie siedelten sich im Lauf der Zeit noch einige andere Industrien - so etwa Uhren- Baumaschinen - und Seifenindustrie - an, aber sie blieben peripher im Hinblick auf das alles beherrschende Edelmetallgewerbe. Allerdings lagen in dieser weitgehenden Monoindustrie auch grosse Gefahren konjunktureller Art. So mussten etwa schon im Jahr 1904 von der Stadt " *Notstandsarbeiten infolge schlechten Geschäftsgang in der Edelmetallbranche*" ausgeschrieben werden.

Der erste Weltkrieg stoppte zuerst einmal die Höhenfahrt des Gewerbes. Nach strengen Kriegsmaßnahmen und schärfsten Außenhandelskontrollen pendelte sich ein Teil der Industrie jedoch auf mittlerer Marge im Geschäft mit neutralen Staaten ein, andere Teile des Edelmetallgewerbes stellten sich mit ihrer handwerklich flexiblen Arbeiterschaft auf Kriegsbedarf um : Fortan bis zum Ende des Krieges produzierte man dort Granatzünder und Orden .

Nach dem Weltkrieg zeigte sich mit dem dauernden Absinken der Mark ein Run in sichere Gold - und Silberwerte : Schwäbisch Gmünd profitierte bis zur Einführung der Rentenmark 1923 von dieser Entwicklung. Die Zahl der selbständigen Geschäfte stieg so rasch, daß etwa 1921 in der Edelmetallbranche 187 größere und mittlere Betriebe mit 5226 Arbeitern gezählt wurden .

Die Zeit der Stabilisierung der Mark ab etwa 1926 bis weit in die dreißiger Jahre war dagegen für Gmünd und seine Monoindustrie eine harte Zeit: Sinkender Inlandsbedarf und hohe Zölle im Ausland trafen die Branche schwer. Ende 1932 wurden in der Stadt 3865 Arbeitslose gezählt, das waren 36,7 % aller Erwerbstätigen. So mussten im Jahr 1926 Notstandsarbeiten ausgeschrieben werden, um die Massenarbeitslosigkeit in der Stadt zu steuern. Es wurden Korrekturen am Remsverlauf vorgenommen und die Lorcher Strasse auf eine andere Trasse gebracht. Dennoch blieb die Anzahl der Erwerbslosen über Jahre auf hohem Niveau. Der württembergischen Regierung blieb daher nichts anderes übrig , als am 26. Januar 1934 Schwäbisch Gmünd zum Notstandsgebiet zu erklären .

Die Entwicklung Schwäbisch Gmünds von 1933 bis 2002

Ulrich Müller

Am 30. Januar 1933 war Hitler von Hindenburg mit der Regierungsbildung betraut worden, hatte sich aber ausbedungen durch rasche Neuwahlen, bei denen er hoffen konnte, den staatlichen Machtapparat zu seinen Gunsten einzusetzen, noch einmal seine Position zu stärken. Bei diesen Wahlen vom 5. März 1933 erreichte die NSDAP im Deutschen Reich fast 44% der abgegebenen Stimmen, in Schwäbisch Gmünd aber

sollte sich zeigen, dass die katholisch geprägten Bürger gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie erhebliche Vorbehalte hatten. Stärkste Partei blieb mit fast 44% hier das Zentrum, wenn auch diese Partei einen Stimmenverlust hinnehmen musste, und auch hier die Nationalsozialisten im Vergleich zum November 1932 ihre Stimmen auf 26 % verdoppeln konnten. Das alte Wählerreservoir des Zentrums war in Schwäbisch Gmünd zwar durchaus noch vorhanden, aber dennoch zollten nicht wenige auch dem Zeitgeist ihren Tribut.

Wie überall in Deutschland gelang es auch den Nationalsozialisten in Gmünd außerordentlich schnell, ihre Diktatur zu errichten. Die für die NSDAP auf Reichsebene günstigen Wahlergebnisse vom 5. März wurden einfach der Umbildung des Schwäbisch Gmünder Gemeinderats zugrunde gelegt. Dadurch verlor das Zentrum seine beherrschende Stellung und da die Stimmen der Kommunisten außer Betracht blieben - viele von ihnen waren bereits in "Schutzhaft" -, stieg die Zahl der nationalsozialistischen Stadträte von zwei auf acht an.

Die Gleichschaltung fand ihren Abschluss - später als in anderen Städten-, als OB Lüllig aus an sich nichtigem Anlass seines Postens enthoben wurde. Mit riesigem Aufwand wurde im März 1934 von Hitler im Zusammenhang mit dem ersten Spatenstich an der Autobahnbaustelle bei München die "Arbeitschlacht" verkündet. Seine Rede sollte in allen Betrieben und Behörden gehört werden, da aber Lüllig anordnete, diese Rede lediglich abends über eine Schallplatte zu hören, wurde er mitten aus einer Sitzung von der politischen Polizei abgeholt. Er musste noch am selben Tag die Stadt verlassen und wurde im September 1934 aufgrund des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstands* in den Ruhestand versetzt.

Im November 1934 wurde dann der Bürgermeister von Laupheim, Franz Konrad, vom Stuttgarter Innenministerium aufgefordert, die Stelle des Oberbürgermeisters von Schwäbisch Gmünd zu übernehmen. Wahlen gab es im "Führerstaat" nicht mehr, und so konnte Konrad die Geschicke der Stadt fast bis zum Ende des Krieges bestimmen.

Mit dem Posten des Oberbürgermeisters hatte Konrad zugleich die Aufgabe des Wirtschaftsbeauftragten für das Notstandsgebiet Schwäbisch Gmünd übernommen, und sein Ziel war es, die Monostruktur der Stadt d.h. die Beschränkung auf die Silberwaren -und Schmuckwarenindustrie aufzubrechen. Auf Grund der Wirtschaftskrise war das Steueraufkommen der Stadt außerordentlich gering, es lag bei 45 RM pro Kopf und Jahr, während es im benachbarten Göppingen z.B. bei 120 RM lag.

Immer noch ging es vielen Betrieben sehr schlecht, so dass die Stadt durch Steuernachlässe erhebliche Opfer bringen musste. In der Betriebszählung vom Juni 1933 wurden in der Stadt in 158 Betrieben des Edelmetallgewerbes 1742 Beschäftigte gezählt. Das waren 2758 Beschäftigte (61 %) weniger als im Juli 1925. Dieser Rückgang wird in seiner ganzen Dramatik erst deutlich, wenn man ihn mit der Entwicklung in Württemberg vergleicht: dort war im gesamten Gewerbe zwischen 1925 bis 1933 nur ein Rückgang von 8 % zu verzeichnen gewesen.

Konrads ganzes Bemühen war deshalb darauf gerichtet, neue Industrien nach Schwäbisch Gmünd zu holen, und der erste Erfolg stellte sich 1936 ein, als es ihm gelang, ein Zweigwerk der Firma Schenk in der Stadt anzusiedeln. Allerdings war diese Ansiedlung wie auch die bald folgende und viel bedeutendere der Zahnradfabrik (ZF) im Zusammenhang mit der Rüstungspolitik des Dritten Reiches zu sehen. Schenk sollte sein Werk von Maulbronn nach Osten verlegen, weil es unter militärischen Gesichtspunkten zu nahe an Frankreich lag. Das neue Werk an der Lorcher Straße konnte im Juli 1937 mit dem ersten Guss in Betrieb genommen werden. Die Zahnradfabrik Friedrichshafen, die bis in die Gegenwart der weitaus bedeutendste Arbeitgeber der Stadt werden sollte, wurde im Jahr 1937 hier angesiedelt, und auch bei dieser Ansiedlung hatten Berliner Stellen mitzureden, da ein Großteil der Getriebe, die in der ZF hergestellt werden sollten, für die Wehrmacht produziert wurden. Bereits 1938 musste die ZF erweitert werden, weil nun Zahnräder für Flugzeuge in großem Stil gebaut werden mussten. Der neue Betrieb sollte, da er kriegswichtig war, unauffällig liegen und wurde deshalb im Schießtal angelegt.

Weitere Industrieansiedlungen gelangen Konrad mit der Verlagerung der Gladitz -

Glühlampenfabrik von Berlin nach Schwäbisch Gmünd, die in dem Anwesen der früheren Schuhfabrik R. J. Mayer geeignete Produktionsstätten fand. Auch die Mantelfabrik Zapp wurde von Stuttgart nach Schwäbisch Gmünd verlegt und konnte 1939 einen Neubau an der heutigen B 29 beziehen.

Diese Erfolge in bezug auf Strukturveränderung und gezielter Wirtschaftsförderung haben dazu geführt, dass im Sommer 1939 auf Antrag von Konrad die Bezeichnung "*Notstandsgebiet Schwäbisch Gmünd*" offiziell aufgehoben wurde. Konrad wurde für seine Leistungen vom Wirtschaftsministerium ausdrücklich gelobt, zumal die Stadt selbst aus eigener Kraft etwa eine Million RM für das große Ziel der Strukturänderung der Gmünder Wirtschaft aufgebracht hatte. Bei aller Freude über den Erfolg darf man aber nicht vergessen, dass der von der Stadtverwaltung gezielt herbeigeführte Strukturwandel in engstem Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Aufrüstung erfolgte. Konrad bemühte sich auch mit Erfolg um die Anlage einer weiteren Kaserne in Schwäbisch Gmünd. Die 1913 gebaute Bismarckkaserne wurde 1937 erheblich erweitert, und im selben Jahr wurde auf dem Hardt auf einem Gelände von 9,5 ha die Adolf-Hitler-Kaserne für eine Artillerie Einheit neu gebaut. Auch in dieser beachtlichen Ausweitung der Garnison sah die Stadtverwaltung in erster Linie eine nicht zu unterschätzende Möglichkeit, die Wirtschaftskraft der Stadt zu stärken, denn es ging nicht nur darum, die Kaufkraft der Soldaten abzuschöpfen, sondern man sah auch in den Zulieferungen für die Kasernen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gab der Stadtverwaltung nicht mehr die Möglichkeit, eine nüchterne Kosten-Nutzen-Rechnung dieser Projekte anzustellen.

Der Terror der Nationalsozialisten richtete sich vor allem gegen die jüdischen Mitbürger, aber auch gegen all diejenigen, die nicht bereit waren, den Absolutheitsanspruch der herrschenden Ideologie anzuerkennen. Vermutlich im Zusammenhang mit Repressalien gegen den Bischof von Rottenburg, Sproll, der demonstrativ der Volksabstimmung vom 10. April 1938 ferngeblieben war, kam es in Schwäbisch Gmünd zu dem sogenannten "*Pfarrhaussturm*". Am 11. April 1938 randalierten etwa 20 Schwäbisch Gmünder Nationalsozialisten vor dem Haus von Dekan Großmann auf dem Münsterplatz. Es fielen Schüsse und Fenster wurden mit Steinen eingeworfen, auch in dem Haus in der Münstergasse, in dem der Kaplan Eugen Schmid wohnte, wurde die Haustür mit einem Baumstamm eingerammt. Ähnlich verfuhr man in Waldstetten beim Sturm auf das Haus von Pfarrer Treiber. Die drei Geistlichen wurden in "*Schutzhaft*" genommen, nach Stuttgart überführt und später aus der Diözese ausgewiesen..

Die drei Geistlichen waren den Nazis vermutlich deshalb so verhasst, weil sie z.T. regimekritische Predigten hielten oder auch nur erfolgreiche Jugendarbeit betrieben. Zugleich wird aber an diesem, im Vergleich mit anderen Verbrechen relativ harmlosen Vorgang deutlich, wie sich das Regime selbst in einer streng katholischen Stadt schon fünf Jahre nach seiner Etablierung über Gefühle oder religiöse Empfindungen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung hinwegsetzen konnte, ohne mit ernsthaftem Widerstand rechnen zu müssen. Gewiss konnte das Regime den offenen Terror nur praktizieren, weil von Jahr zu Jahr das Ansehen des "Führers" gestiegen war, der den Eindruck vermitteln konnte, das Land wirtschaftlich zu konsolidieren und außenpolitische Erfolge zu erreichen, die der Weimarer Republik versagt geblieben waren.

Wenn schon der Staat beim Umgang mit Katholiken rücksichtslos vorging, glaubte er im Kampf gegen die winzige Minderheit der Juden auch auf den Schein der Legalität verzichten zu können. Die Maßnahmen, die im Deutschen Reich gegen die Juden ergriffen wurden, wurden auch in Schwäbisch Gmünd durchgesetzt. Nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 wurde z.B. auch den Juden hier der Besuch des Stadtbades oder Freibades untersagt. Außerdem wurde dafür gesorgt, dass jüdische Geschäfte keine öffentlichen Aufträge bekamen. So musste z.B. das jüdische Kaufhaus Meth 1936 aufgeben, weil der Umsatz zu gering geworden war. Ein "*Arier*" konnte es dann übernehmen. Neben Meth mussten auch andere jüdische Geschäfte aufgeben und der "*Arisierung*" weichen. Gut beraten waren rückblickend alle diejenigen, die dem Druck nachgegeben und sich zur Auswanderung entschlossen haben, konnten sie doch dadurch wenigstens ihr Leben retten.

Von den 97 Juden, die 1933 in Schwäbisch Gmünd lebten, haben 75 das Dritte Reich überlebt. In der Pogromnacht vom 9. November 1938 wurde auch die Schwäbisch Gmünder Synagoge schwer demoliert, angezündet wurde sie aber nicht, vermutlich, weil man befürchtete, dass das Feuer auf die in unmittelbarer Nähe gelegene Kreissparkasse übergreifen könnte .

Bei Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde OB Konrad zur Marine eingezogen und war dort bis Ende 1942. Anfang 1943 kehrte er nach Schwäbisch Gmünd zurück, da er aber häufig krank war, wurde er zu Beginn des Jahres 1945 pensioniert und zog nach Laupheim, war also in den letzten Kriegstagen nicht in der Stadt. Die Leitung der Stadtverwaltung lag in diesen letzten Tagen bei Stadtamtmann Ruff. Wichtiger als die Stadtverwaltung sollte aber für Schwäbisch Gmünd der Kampfkommandant werden, der seit April die Aufgabe hatte, aus versprengten Soldaten, Urlaubern und Volkssturm Männern die Stadt zu verteidigen. Die Amerikaner näherten sich von Norden der Stadt, nachdem sie Mutlangen bombardiert hatten, weil sie dort deutsche Soldaten vermuteten bzw. Flugbetrieb auf der Heide beobachtet hatten. Ein ähnliches Schicksal konnte von Schwäbisch Gmünd abgewendet werden, nachdem der Kampfkommandant Hössle sich in der Nacht vom 19. auf 20. April mit seinen wenigen Männern in Richtung Albrand abgesetzt und auch Kreisleiter Oppenländer sich mit seinem Stab nach Süden davongemacht hatte. In dieser Situation, in der in der Stadt praktisch kein hoher verantwortlicher Amtsträger mehr anwesend war, ergriff der französische Capitaine Paul Lemal die Initiative und sorgte für die kampflose Übergabe der Stadt an die Amerikaner. Lemal war zur Betreuung der in der Stadt lebenden französischen Kriegsgefangenen hier im Auftrag von Marschall Petain, dem Repräsentanten von "Vichy-Frankreich", das bekanntlich mit Hitler zusammenarbeitete. Lemal konnte sich in Schwäbisch Gmünd frei bewegen, hatte aber mit der Resistance Kontakt und auch in der Stadt unter den dort lebenden Franzosen eine Widerstandsgruppe gebildet. Er erwirkte am Morgen des 20. April beim Oberleutnant der Gendarmerie, Gassmann, die Erlaubnis, eine französische Polizeitruppe zu bilden, um den jetzt einsetzenden Plünderungen der vielen ausländischen Arbeiter in der Stadt entgegenzutreten zu können. Gleichzeitig konnte Lemal in Absprache mit Landrat Dr. Hoss den Amerikanern die friedliche Übergabe der Stadt anbieten. Die formelle Übergabe der Stadt an amerikanische Offiziere fand am Nachmittag des 20. April 1945 im Dienstzimmer des Polizeirates Piron statt.

Am 23. April wurde der Leiter des Finanzamtes, Oberregierungsrat Emil Rudolph, von Captain Mortimer als kommissarischer Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd eingesetzt, drei Tage später machten die Amerikaner Konrad Burkhardt zum kommissarischen Landrat.

Die Nachkriegszeit

Bedingt durch die kampflose Übergabe der Stadt an die Amerikaner, hatte die Stadtverwaltung bei weitem nicht mit solchen Problemen zu kämpfen wie etwa die zahlreichen kriegszerstörten Städte. Allerdings wurden dann in die Städte, die im Krieg einigermaßen glimpflich davongekommen waren; die Flüchtlingszüge gelenkt, die 1946 und 1947 in die westlichen Besatzungszonen strömten. Außerdem konzentrierten die Amerikaner in den beiden großen unzerstörten und leerstehenden Kasernen Tausende von nun freien Zwangsarbeiter, die während des Krieges in der Schwäbisch Gmünder Industrie und in der Landwirtschaft der Umgebung arbeiten mussten.

Die sehr heterogene Gruppe der "Fremdarbeiter" wurde von den Alliierten unter dem vereinheitlichenden Begriff "*displaced persons - DPs*" zusammengefasst, in der, wie sich bald zeigen sollte, irrigen Annahme, dass sich alle DPs auch gleich verhalten würden, um sofort nach Kriegsende in ihre Heimatländer zurückzukehren. "Dass die ehemaligen Gefangenen ihre neue Freiheit ausnützten und dass es dabei zu zahllosen Ausschreitungen und auch Gewaltverbrechen kam, kann man sich leicht vorstellen. Plünderungen durch Polen waren an der Tagesordnung, besonders einsame Bauernhöfe wurden mehrfach heimgesucht. Wenn sich der Bewohner wehren sollte,

machten die Polen meist kurzen Prozess mit ihm. Der damalige Stadtarchivar Deibele hat als Zeitzeuge diese Vorgänge gründlich geschildert, sie sollen hier nicht nachgezeichnet werden. Den Amerikanern konnten derart chaotische Zustände nicht gleichgültig sein, wenn auch ihre Sympathie uneingeschränkt den DP's galt. Eine Konsequenz aus den Ausschreitungen war, dass das eingezäunte Lager in der Hardtkaseme durch bewaffnete Patrouillen "geschützt" wurde. Wenn man aber zugleich erfährt, dass pro Tag nur 50 Passierscheine von der Militärregierung ausgegeben wurden, die dann die UNRRA anteilmäßig auf die verschiedenen Nationen zu verteilen hatte- bei damals 5500 Kasernenbewohnern (!) - ahnt man, dass auch in den Augen der Amerikaner mehr die Deutschen vor den DP's geschützt werden sollten als umgekehrt.

Ursprünglich sollten die beiden Gmünder DP-Lager nur über den Winter bewohnt bleiben, da die Amerikaner davon ausgingen, dass man die Repatriierung im Frühjahr 1946 abschließen könnte. Dies sollte sich als großer Irrtum herausstellen, da viele osteuropäische DP's nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollten, weil sich dort mittlerweile ein kommunistisches System etabliert hatte und die Lebensverhältnisse im Allgemeinen noch schlechter als im Westen waren. Die Repatriierung wurde dann 1947 fast ganz aufgegeben, statt dessen setzte man auf die Auswanderung der DP's nach Übersee, die sich aber auch noch Jahre hinziehen sollte, so dass die beiden Schwäbisch Gmünder Lager erst 1950/1951 aufgelöst werden konnten.

In ganz anderer Weise sollte sich die Bevölkerungsstruktur der Stadt durch den großen Zuzug von Heimatvertriebenen verändern, denn in der Folge des verlorenen Krieges wurden etwa 14 Millionen Deutsche aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und dem Sudetenland vertrieben. Diese Vertriebenen und Flüchtlinge wurden in Württemberg vorwiegend in ländliche Gebiete bzw. unzerstörte Städte gelenkt, da man hoffen konnte, sie dort noch am ehesten mit Wohnraum versorgen zu können. Schwäbisch Gmünd hatte eine derart große Anzahl von Vertriebenen aufzunehmen, dass ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung im Dezember 1949 30,8 % betrug. Die Flüchtlinge wurden zunächst in der beschlagnahmten Hindenburgoberschule, dem heutigen Parler-Gymnasium, Tunhallen und zahlreichen Gaststätten untergebracht. Da die Einweisung in Privatwohnungen nur sehr langsam voranging, übte die örtliche amerikanische Militärregierung massiven Druck auf OB Czisch aus, bis die Flüchtlingslager schließlich am 1. Juli 1947 aufgehoben werden konnten. Die Amerikaner wollten eine Gettoisierung der Flüchtlinge unter allen Umständen verhindern, da zu erwarten war, dass bei einem jahrelangen Lageraufenthalt sich ein sozialer Sprengsatz bilden würde, der, gekoppelt mit Rückkehrforderungen in die alte Heimat, die mühsam aufgebaute Nachkriegsordnung wieder ins Wanken gebracht hätte. Nur mit Hilfe einer raschen Integration in die einheimische Bevölkerung glaubte man, diesen Gefahren begegnen zu können.

Während der erste OB der Nachkriegszeit, Rudolph, von der Militärregierung kommissarisch eingesetzt worden war, konnte sein Nachfolger 1946 vom Gemeinderat auf zwei Jahre gewählt werden. Die Wahl fiel auf Franz Czisch, er war Mitbegründer der örtlichen CDU und zugleich Flüchtlingskommissar. In seiner 20 monatigen Amtszeit hat er energisch den Bau eines zweiten Anschlusses an die Landeswasserversorgung vorangetrieben, da durch den Zuzug der Vertriebenen ständig Wasserknappheit zu befürchten war.

Im April 1948 konnten dann die Bürger zum erstenmal nach der nationalsozialistischen Diktatur wieder direkt ihren Oberbürgermeister wählen. Interessanterweise trat nun gegen Czisch der frühere Oberbürgermeister Franz Konrad an und erreichte auf Anhieb fast eine Zweidrittelmehrheit. Die großen Sympathien für Konrad lassen sich einerseits durch seine lange Amtszeit und die damit verbundenen bedeutenden Industrieansiedlungen erklären andererseits könnte es aber auch Vorbehalte gegen Czisch gegeben haben, weil er sich als Flüchtlingskommissar zu sehr für die Belange der Vertriebenen eingesetzt hatte.

Nur drei Jahre nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus wollten und konnten sich die Amerikaner aber nicht damit abfinden, dass in einer deutschen Mittelstadt ein ehemaliger aktiver Nationalsozialist mit einer derart überzeugenden Mehrheit zum OB

gewählt worden war. Obwohl Konrad durch zwei Spruchkammerverfahren entlastet worden war, setzten die Amerikaner einen Untersuchungsausschuss ein, der im Stadtgarten ein gerichtsähnliches Verfahren durchführte und über 70 Zeugen nach den Umständen bei der Wahl verhörte. Nach Abschluss der Untersuchung stellte der US-Militärgouverneur La Folette in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Reinhold Maier fest, dass es Konrad nicht gestattet werden dürfe, das Amt des Oberbürgermeisters anzunehmen.

Sechs Jahre später aber - 1954 - ist Konrad noch einmal bei der OB -Wahl angetreten und wurde wieder mit überwältigender Mehrheit von den Schwäbisch Gmündern gewählt. Der Chronist dieses Zeitraums Dr. Ernst Lämmle vermutete, und einiges spricht dafür, dass die Schwäbisch Gmünder ihn aus Trotz gewählt hätten, weil ihn die Amerikaner damals nicht bestätigt hatten. Allerdings konnte Konrad sein Amt nur zwei Jahre lang ausüben und in dieser Zeit nichts Besonderes mehr leisten. Er trat gesundheitsbedingt 1956 in den Ruhestand und starb schon ein Jahr später.

Was die Förderung der Schwäbisch Gmünder Wirtschaft betraf, so gab es nach dem Krieg einen breiten Konsens darüber, dass man bei Neuansiedlungen weg von der Monostruktur des Edelmetallgewerbes kommen müsse. Da Schwäbisch Gmünd den Krieg unzerstört überdauert hatte, gab es genügend Interessenten, allerdings wurden die Bemühungen z.T. durch die Amerikaner zunichte gemacht, da die US-Armee das Schenkgelände an der Lorcher Straße beanspruchte, um dort einen Instandsetzungsbetrieb für LKW zu errichten. Zeitweise waren dort 1300 Arbeiter, vielfach aus dem Kreis der Heimatvertriebenen, beschäftigt. Die Firma Schenk hatte freilich mit diesem Areal den größten Teil der wertvollen Gießereieinrichtungen verloren, und auch die Stadt erhielt aus dem US-Betrieb keine Gewerbesteuer.

So beschränkten sich die wesentlichen Industrieansiedlungen der unmittelbaren Nachkriegszeit auf die gezielte Förderung der Glas- und Schmuckindustrie der Vertriebenen, die aus dem Sudetenland, speziell aus dem Kreis Gablonz/Neisse nach Schwäbisch Gmünd ausgesiedelt worden waren. Obwohl normalerweise deutsche Behörden keinen Einfluss auf die Zusammensetzung und Herkunft der Flüchtlinge hatten, die ihnen zugewiesen wurden, scheint dies in Schwäbisch Gmünd anders gewesen zu sein. Da bereits vor dem Krieg gute Kontakte zwischen Gablonz und Schwäbisch Gmünd bestanden und OB Czisch in der Ansiedlung der Gablonzer Glasindustrie, die auf der Basis von gewöhnlichem Metall und Glas ihre kunstgewerblichen Produkte herstellte, eine wertvolle Ergänzung zum heimischen Edelmetallgewerbe sah, wurden 1946/47 große Transporte mit Hunderten von Facharbeitern in die Stadt gelenkt. Schon 1947 eröffneten sie in der Herlikofer Straße eine Glashütte, die Stangen - und Stängelgläser in allen Farben für die glasverarbeitenden Betriebe liefern konnte; bis dahin war in Schwäbisch Gmünd noch kein Glas erzeugt worden. Wie sinnvoll die Ansiedlung der Gablonzer Industrie war, sollte sich auf der Festversammlung aus Anlass der 20 jährigen Anwesenheit 1966 zeigen: damals wurden 117 Gablonzer Betriebe mit fast 2000 Beschäftigten gezählt.

Auch der Wohnungsbau erhielt aus dem Kreis der Vertriebenen wichtige Impulse: sie gründeten 1952 die "*Gablonzer Wohnungsbau GmbH*", die dann viele Wohnblöcke in der Weißensteiner Straße und auf dem Hardt errichtete. Im Jahr 1972 schloss sich die GWG auf Anregung von OB Dr. Schoch mit der Gmünder Siedlungsgesellschaft zur "*Vereinigten Gmünder Wohnungsbaugesellschaft- VGW*" zusammen. Schoch sah darin auch ein Zeichen für die gelungene Integration der Vertriebenen. Um 1960 waren dann endlich die Ergebnisse der strukturpolitischen Maßnahmen an konkreten Zahlen abzulesen. Jetzt hatten endlich die Beschäftigten im gewerblichen Bereich diejenigen im Edelmetallbereich leicht überholt: Ende 1959 verzeichnete die Edelmetall -, Uhren - und Brillenindustrie der Stadt 3774 Beschäftigte, gegenüber 3886 Beschäftigten in der eisen und stahlverarbeitenden Industrie. Vor allem die ständig fortschreitende Motorisierung sicherte der Zahnradfabrik Friedrichshafen (ZF) ein anhaltendes Wachstum, so dass dort 1960 über 3000 Menschen Arbeit fanden. Weitere bedeutende Betriebe waren damals die Uhrenfabrik Bifora, die schon im letzten Jahrhundert gegründeten und kräftig expandierenden Fabriken wie Ritz, (Pumpen) und Gatter und Schüle (Eisengießerei) oder die traditionsreiche Metallwarenfabrik Erhard

und Söhne.

Unter OB Dr. Klaus (1957 -65) wurde im Jahr 1959 Bettringen eingemeindet, so dass die Stadt nun auf 40 000 Einwohner anwuchs. Die OB -Wahl vom Januar 1965 brachte ein sensationelles Ergebnis, da Hans - Ludwig Scheffold mit großem Vorsprung den bisherigen Stelleninhaber besiegte. Scheffold packte drei große Projekte an: die Erschließung weiterer Baugebiete, den Bau eines dritten Gymnasiums und einer zweiten Realschule und schließlich die Planung des neuen Stadtteils Bettringen - Nord-West. Sein überraschender Tod 1969 ließ ihm keine Möglichkeit, seine Vorhaben zu vollenden. Dies sollte dann seinem Nachfolger Dr. Norbert Schoch gelingen, der während zwei Wahlperioden, von 1969 bis 1985 die Entwicklung der Stadt geprägt hat. Angeregt durch die Kreisreform, wurde die Stadt nun durch zahlreiche Eingemeindungen erheblich vergrößert. Schon 1969 waren Herlikofen und Hussenhofen eingemeindet worden, 1971 folgten Bargau, Weiler, Degenfeld und Lindach. 1972 Großdeinbach und Straßdorf und schließlich 1975 Rechberg. Zum Jahresende 1972 hörte der Landkreis Schwäbisch Gmünd auf zu bestehen und die Stadt Schwäbisch Gmünd wurde mit 55 838 Einwohnern in den neugegründeten Ostalbkreis integriert. Der Verlust des Kreissitzes konnte durch die Verlagerung kleinerer Ämtern nach Schwäbisch Gmünd nicht aufgefangen werden. Ein bedeutendes Bauvorhaben der Amtszeit von OB Dr. Schoch war die Errichtung der neuen Stadthalle.

Im Januar 1986 trat Dr. Wolfgang Schuster als Oberbürgermeister die Nachfolge von Dr. Schoch an. Zu Beginn seiner Amtszeit wurde 1987 die "*Technische Akademie für berufliche Bildung*" von der ZF gegründet, um damit der beruflichen Fortbildung für die ganze Region den unerlässlichen strukturellen Rahmen zu geben.

In die Schlagzeilen der Weltpresse sollte Schwäbisch Gmünd zusammen mit Mutlangen in der Zeit der Oberbürgermeister Dr. Schoch und Dr. Schuster kommen, als in der Folge des *Kalten Krieges* der Schwäbisch Gmünder Standort der amerikanischen Armee eine besondere Aufwertung erfuhr. Obwohl in den achtziger Jahren zwischen Ost und West ein Klima der Entspannung angestrebt wurde, trieb die UdSSR unter Breschnew die Rüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen, die in der Lage waren, präzise Ziele in Westeuropa zu treffen, zügig voran. Bundeskanzler Helmut Schmid (SPD) sah in dieser sowjetischen Aufrüstung eine eklatante Bedrohung Westeuropas, da den sowjetischen Mittelstreckenraketen keine amerikanischen gegenüberstanden. Schmid konnte die NATO davon überzeugen, dass eine "*Sicherheitslücke*" bestand, und die NATO fasste darauf im Dezember 1979 den Doppelbeschluss, der die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen - Pershing II - in Westeuropa als Gegengewicht gegen die sowjetischen SS 20 -Raketen vorsah. Einer der für die Stationierung in Deutschland vorgesehenen Standorte war der kleine Truppenübungsplatz auf der Mutlanger Heide, und die in den beiden Schwäbisch Gmünder Kasernen untergebrachte amerikanische Artilleriebrigade war nun ab 1983 für die Raketen zuständig. Viele Menschen empfanden aber die Nachrüstung, wie sie von der NATO propagiert wurde, als unnötiges Drehen an der Rüstungsspirale, das tödliche Folgen für die ganze Menschheit haben könnte.

Es formierte sich eine äußerst aktive Bürgerinitiative - die *Friedensbewegung* - die durch Demonstrationen und Sitzblockaden ihren Widerstand gegen die Nachrüstung zum Ausdruck bringen wollte. Als die ersten *Pershing II Raketen* Ende November in Mutlangen eintrafen, begann die Phase der "*Dauerpräsenz*" mit über die Jahre hinweg ungezählten Blockaden und am Ende zählte man insgesamt 2999 Festnahmen. Die Zeitungsmeldungen von festgenommenen Demonstranten gehörten in dieser Zeit zur gewohnten Lektüre. Viele Prominente waren bei den Blockaden dabei wie z.B. Heinrich Böll, Walter Jens, der Theologe Norbert Greinacher oder der Psychologe Horst-Eberhard Richter. Ein Aufatmen ging durch Deutschland, als nach zähen Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten im Dezember 1987 das INF Abkommen vereinbart wurde, das die Verschrottung sämtlicher atomarer Mittelstreckenraketen in Ost und West vorsah. Damit wurde auch für Schwäbisch Gmünd eine jahrelange Streiffrage beigelegt, die die Bürgerschaft der Stadt, aber auch den Gemeinderat immer wieder vor Zerreißproben gestellt hatte.

Die dann bald darauf 1989/90 einsetzende Auflösung des Ostblocks sollte sich auch auf die Stadt auswirken, da die Amerikaner ihre meisten deutschen Standorte aufgaben und sich vollständig aus Schwäbisch Gmünd zurückzogen. Der Abzug der Amerikaner kam den Schwäbisch Gmündern sehr gelegen, denn die Stadt konnte über die VGW die amerikanische Wohnsiedlung gegenüber der Hardtkaserne erwerben, so dass 234 Familienwohnungen und 64 Single-Appartements den angespannten Wohnungsmarkt entlasteten.

Es war der Initiative von OB Dr. Schuster zu danken, dass für die nun freigewordene Bismarckkaserne eine ungewöhnliche, aber sehr sinnvolle Nutzung gefunden werden konnte. Dr. Schuster gelang es, den Gemeinderat davon zu überzeugen, die amerikanische Maryland Universität dafür zu gewinnen, in der ehemaligen Kaserne eine Universität nach amerikanischen Bedingungen einzurichten. 1992 wurde der Studienbetrieb mit heute etwa 250 Studierenden aufgenommen. Darüber hinaus stellt der "Unipark" eine

kulturelle Bereicherung der Stadt dar. In der ebenfalls freigewordenen Hardtkaserne wurde ein Lager für Asylbewerber und verschiedene Ämter eingerichtet. OB Dr. Schuster gab sein Amt auf, um die Stelle des Kulturbürgermeisters in Stuttgart zu übernehmen. Sein Nachfolger wurde der Karlsruher Kämmerer Dr. Rembold, der von 1993 - 2002 die Geschicke der Stadt lenkte.

Da die Arbeitslosigkeit in der Stadt mit 10 - 12% deutlich über dem Landesdurchschnitt lag, war die gezielte Wirtschaftsförderung eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltung. So wurde z.B. 1998 in der ehemaligen Mantelfabrik Zapp für junge Firmen mit zukunftsfähigen Technologien ein Wirtschaftszentrum eröffnet. Auch wurden in diesem Jahr im "Zapp" die ersten Gmünder Design-Gespräche abgehalten, um dadurch auf die Design-Kompetenz von Schwäbisch Gmünd auch überregional aufmerksam zu machen. Ein bedeutend größerer Technikpark-West, gedacht für Firmen der Informationstechnologie, entstand in attraktiver Lage am westlichen Ausgang der Stadt an der B 29. Die wichtigste Industrieansiedlung war aber Dr. Rembold mit der Firma Polynorm-Grau gelungen, die auf dem Gügling ab 1999 mit der Errichtung des modernsten Karosseriepresswerks Europas begann. Bis zu 800 Menschen sollen dort einmal Arbeit finden.

Rembold hatte auf eine erneute Kandidatur für sein Amt verzichtet, so dass am 31.07.2001 sein Nachfolger Wolfgang Leidig in sein Amt eingeführt wurde. Er betreibt die aktive Förderung der Wirtschaft weiter. Im Jahr 2002 hat allerdings die Maryland Universität ihren Betrieb eingestellt, weil die zu geringen Studentenzahlen einen wirtschaftlichen Betrieb nicht ermöglichen. Als Ausgleich für diesen Verlust wird auf dem Gelände der ehemaligen Bismarckkaserne ein Hochbegabten-Gymnasiums eingerichtet.

Insgesamt versuchte man in den letzten Jahren die historische Altstadt von Schwäbisch Gmünd durch die Ausweitung verkehrsberuhigter Zonen deutlich aufzuwerten, viele Straßen und Plätze bekamen einen neuen Belag mit Pflastersteinen. Auch durch ansprechende Beleuchtung soll dafür gesorgt werden, dass sich die Menschen in ihrer Stadt wohler fühlen.

Literaturauswahl :

Emil Wagner : Schicksale der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd während des Dreißigjährigen Krieges. WVjH NF 24 (1915), S.123-217; Albert Scheel : Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd aus den Jahren 1878 bis 1930. Masch. Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, um 1930 Wilhelm Kucher, Die Wirtschaftsentwicklung der Stadt Schwäbisch Gmünd von Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Diss. maschinenschriftl. Nürnberg 1949 ; Peter Payer : Die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd zu Ende des 18. Jahrhunderts und ihr Übergang an Württemberg. maschinenschriftl.

Dissertation, Tübingen 1957; Ernst Lämmle: Das kulturelle Leben in Schwäbisch Gmünd während der letzten 150 Jahren. Festbuch 800 Jahre Stadt Schwäbisch Gmünd 1162 - 1962, Schwäbisch Gmünd 1962, S.131-156; Eduard Funk: Die westlichen Vorstädte Gmünds zur Reichsstadtzeit und heute. In : Einhorn 80/1967, S.83 ff. Max Schneider : Die Gmünder Stadtgrenze im Westen. Entwicklung in acht Jahrhunderten. In : Einhorn 91/1969, S.10 ff; Max Schneider : Die Gmünder Stadtgrenze im Osten. einhorn 93/1969,S.140 ff. ;Otto Graf , Schwäbisch Gmünd und die Revolution 1848. Schwäbisch Gmünd 1970.;Ernst Lämmle : Kulturelles Leben in Schwäbisch Gmünd vom Ende der Reichsstadt bis zur Gegenwart . In : Schwäbisch Gmünd, hrsg. Peter Scherer, Stuttgart - Aalen 1971,S.115- 164; Ernst Lämmle : Schwäbisch Gmünd vor hundert Jahren. Eine schwäbische Kleinstadt zu Beginn des Kaiserreichs. In : einhorn 110/1972, S.108 ff.; 111/1972, S. 182 ff. ; 112/1972, S.248 ff. ; 113/1972, S.312 ff. ; 114/1972, S.398 ff. ; Peter Spranger : Schwäbisch Gmünd bis zum Untergang der Staufer. Schwäbisch Gmünd 1972; Helmut Christmann : Zur wirtschaftlichen Situation im Oberamt Gmünd um 1860. In : einhorn 118/1973, S.390-392 ; Hermann Kissling : Das Münster in Schwäbisch Gmünd. Schwäbisch Gmünd 1975;Hans-Karl Biedert : Besitz- und Wirtschaftsgeschichte des Dominikaner - Frauenklosters Gotteszell von der Mitte des 16. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Gmünder Studien 1 (1976), S.9-34; Hermann Ehmer : Das Gmünder Täufergericht. Gmünder Studien 1 (1976) S.131- 161; Klaus Graf : Schultheiß und Rat. Probleme der Stadtverfassung von Schwäbisch Gmünd im 13. Jahrhundert. Gmünder Studien 1 (1976), S.85-94 ; Klaus Jürgen Herrmann : Über die Anfänge der Augustinereremiten in Schwäbisch Gmünd. Gmünder Studien 1 (1976),S. 81-84; Klaus Jürgen Herrmann : "Consilium in causa maleficarum, lamiarum et veneficarum" . Ein Rechtsgutachten des Ratskonsulenten Dr. Leonhard Kager zum Problem Gmünder Hexenprozesse aus dem Jahr 1613/14. Gmünder Studien 1(1976), S.163-168; Bernhard Theil : Die Reformation des Klosters Gotteszell im 15. Jahrhundert. Gmünder Studien 1 (1976), S.9-34; Die Staufer und Schwäbisch Gmünd. Zum Stauferjahr 1977 hrsg. K. J. Herrmann, Schwäbisch Gmünd 1977; Hans - Helmut Dieterich : Rechtsstellung und Rechtstätigkeit der Schwäbisch Gmünder Klöster bis zum Dreißigjährigen Krieg. Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd 1977; Hermann Ehmer : Andreas Althamer und die gescheiterte Reformation in Schwäbisch Gmünd. In : BWKG 78 (1978),S. 46-72; Klaus Jürgen Herrmann : Geschichte Ostwürttembergs im 18. Jahrhundert. Der Ostalbkreis, Stuttgart 1978, S. 107-116; Ernst Lämmle : Der Raum Schwäbisch Gmünd vom Ende der Reichsstadtzeit bis zur Gegenwart. In : Der Ostalbkreis, Stuttgart - Aalen 1978, S.145-168 Klaus Jürgen Herrmann : Schwäbisch Gmünd und der Schwäbische Städtebund im 14. Jahrhundert. Einhorn Jahrbuch 1978,S.183-194; Hermann Ehmer : Schwäbisch Gmünd im Bauernkrieg. Gmünder Studien 2 (1979) S.85 - 113; Klaus Graf : Herrenhof oder Jägerhaus. Einhorn Jahrbuch 1979 S.142-155; Hermann Ehmer : Schwäbisch Gmünd im Bauernkrieg. Gmünder Studien 2 (1979), S.85-114; Klaus Graf : Zur Frage einer Fulradzelle in Schwäbisch Gmünd. Gmünder Studien 2 (1979), S.173-202; Klaus Jürgen Herrmann, Die Hochschulen und ihre Städte am Beispiel der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd. In : Gmünder Studien 2(1979), S. 147-156 ; Hans - Martin Maurer : König Konrad III. und Schwäbisch Gmünd. Wer hat die Stadt gegründet?. Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 38 (1979), S.64-81; Das Land Baden- Württemberg, Regierungsbezirk Stuttgart, hrsg. Landesarchivdirektion Stuttgart 1980 , Bd. IV., S.780-794 ; Barock in Schwäbisch Gmünd. Aufsätze zur Geschichte einer Reichsstadt im 18. Jahrhundert. (hrsg.) Klaus Jürgen Herrmann Schwäbisch Gmünd 1981; Michael Schwarz : Barock in Schwäbisch Gmünd. ostalb/einhorn 38 (1981),S. 140-144; Hans Wolfgang Bächle : Kultur und Geschichte im Gmünder Raum. Schwäbisch Gmünd 1982; Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd, hrsg. Klaus Jürgen Herrmann, Stuttgart - Aalen 1984. Darin u.a. : Hans Ulrich Nuber : Schwäbisch Gmünd in frühgeschichtlicher Zeit S.25-41; Peter Spranger : Die Zelle Gamundias S.42-52; Peter Spranger/ Klaus Graf : Schwäbisch Gmünd bis zum Untergang der Staufer S.53-86; Klaus Graf : Gmünd im Spätmittelalter S.87-184; Hermann Ehmer : Schwäbisch Gmünd im Zeitalter der Reformation und Gegenreformation S.185-231; Klaus Jürgen Herrmann : Politik, Krieg

und Reichsstadt - Strukturen im 17. Jahrhundert S.245-264; Hartmut Müller : Frömmigkeit, Fresken und Filigran. Kulturelles Leben im 17. und 18. Jahrhundert S. 245-264; Hugo Micheli : Wirtschaft und Wirtschaftsbeziehungen im 18. Jahrhundert S.265-292; Ursula Laurentzsch : Der Anfang vom Ende. Politische Strukturen der Reichsstadt <Schwäbisch Gmünd > im 18. Jahrhundert S. 293 - 306; Kurt Seidel : Schwäbisch Gmünd im 19. Jahrhundert. 307-365; Ernst Lämmle : Schwäbisch Gmünd von 1894 bis 1945. S. 366-460; Ernst Lämmle : Schwäbisch Gmünd von 1945 bis 1972 S.461 - 554. Klaus Graf : Die Gmünder Goldschmiedstradition. Einhorn Jahrbuch 1984, S.156-171; Klaus Graf : Gmünder Chroniken im 16. Jahrhundert. Schwäbisch Gmünd 1984; Gertrud Wyrsh - Ineichen : Ignaz Scherr (1801-1870) und das Normal - , Taubstummen und Blindenschulwesen seiner Zeit bis 1832. Dissertation Uni Zürich 1986; Albert Munding: Beginnende Industrialisierung bei den Gold- und Silberschmieden. In : Zeugen Ihrer Zeit. Hrsg. Peter Spranger und Gerhard Kolb, Schwäbisch Gmünd 1987, S.169-174; Peter Spranger : Erster Weltkrieg, Kriegsbegeisterung und Ernüchterung. In : Zeugen Ihrer Zeit. Hrsg. Peter Spranger und Gerhard Kolb, Schwäbisch Gmünd 1987, S. 174-177 ; Peter Spranger : Die Klosterzelle Gamundias. In Zeugen ihrer Zeit. Hrsg. Peter Spranger und Gerhard Kolb, Schwäbisch Gmünd 1987, S.12-16; Richard Storr : Federhüte, Säbel. Bürgermilitär im Oberamt Gmünd im 19. Jahrhundert, Schwäbisch Gmünd 1988; Hans - Helmut Dieterich : Das Franziskanerkloster zwischen Reformation und Säkularisation. Gmünder Studien 3 (1989), S.37-58; Klaus Jürgen Herrmann : Das Wirken der Bettelorden in Schwäbisch Gmünd. Gmünder Studien 3 (1989), 59-66; Hans Jürgen Jüngling: Reichsstädtische Herrschaft und bäuerlicher Protest: Der Konflikt zwischen der Reichsstadt < Schwäbisch Gmünd> und ihrem Landgebiet (1774/75 - 1792) Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd 1989; Ulrich Müller: Displaced persons (DPs) in Schwäbisch Gmünd 1945 bis 1951. Gmünder Studien 3 (1989), S. 93-120; Klaus - Peter Schroeder, Das Alte Reich und seine Städte, München 1991, S.361- 366; ; Bernhard Bonfight :Die "Fabrik" - ein Dokument der Gmünder Wirtschaftsgeschichte. In : Unicornis September 1992, S. 2 - 11; Hans-Helmut Dieterich : Der Salvator bei Schwäbisch Gmünd. Gmünder Studien 4 (1993), S.69-94; Richard Strobel : Die Restaurierung der Johanniskirche in Schwäbisch Gmünd 1869-1880. Gmünder Studien 4 (1993), S.143-228; Hermann Kissling : Die Barockisierung der Gmünder Johanniskirche 1706/07. Gmünder Studien 4 (1993), S.43-50; Richard Strobel : Die Restaurierung der Johanniskirche in Schwäbisch Gmünd. Gmünder Studien 4(1993), S.143-228; K.Graf : Reichsstadt Schwäbisch Gmünd . In : Hexen und Hexenverfolgung im deutschen Südwesten. Aufsatzband. Badisches Landesmuseum Karlsruhe 1994, S.388-392; Richard Strobel : Die Kunstdenkmäler der Stadt Schwäbisch Gmünd, Teile II und III, München- Berlin 1995; Klaus Jürgen Herrmann : Zur Geschichte der Juden in Schwäbisch Gmünd im Mittelalter. Einhorn Jahrbuch 1995, S.119-126; Klaus Jürgen Herrmann : Schwäbisch Gmünd. Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd.2, 711 - 717; Klaus Jürgen Herrmann : Geschichte des Gmünder Stadtarchivs. Einhorn Jahrbuch 1996, 81 ff.; Ulrich Müller : Die Ankunft der Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd 1945 bis 1947. Gmünder Studien 5 (1997), S. 33-44; Ulrich Müller : Die Buchenlanddeutschen in Schwäbisch Gmünd 1940/41 und nach 1945. Gmünder Studien 5 (1997), S.45-70; Richard Strobel : Die Johanniskirche in Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Gmünd 1997; Klaus Jürgen Herrmann - Jürgen Schuhladen - Krämer : Schwäbisch Gmünd. In : Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg. Karlsruhe, 2.Auflage 1998, 551-555 ; Klaus Jürgen Herrmann, Die Revolution 1848/49 in der Oberamtsstadt Gmünd. Einhorn Jahrbuch 1998, S.167 - 180 ; Sabina Schürenberg, Glasperlarbeiten- Taschen und Beutel, München 1998; Klaus Jürgen Herrmann - Brigitte Mangold : 100 Jahre Stadtgarten. Einhorn Jahrbuch 1998, S.107 ff.; Heike Krause - Schmidt , "...*ihr Brodt mit kleiner Silber - Arbeit erwerben.*" Zur Geschichte des Gmünder Goldschmiedegewerbes von den Anfängen bis zum Beginn der Industrialisierung unter besonderer Berücksichtigung der Filigranproduktion, Dissertation Tübingen 1996, Schwäbisch Gmünd 1999; Den Pfeifenmachern auf der Spur. Gmünder Tagespost 1999 Nr.201 S.22 ;H. Schütte : Die Römer in Gmünd. Schwäbisch Gmünd 2000.

Klaus Jürgen Herrmann : "... weil ohnehin im Felde Weiber zum Waschen gebraucht werden..." Schwäbisch Gmünd vor 200 Jahren - Das Jahr 1800. Einhorn Jahrbuch 2000, S.85-106 ;Klaus Jürgen Herrmann : Die Auswirkungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches am 16./17. März 1920 in der Oberamtsstadt Gmünd in Württemberg : Hauptmann Rommel und die Rathausbesetzung. Gmünder Studien 6 (2000), 79-88; Klaus Jürgen Herrmann : Ein Hexerprozeß gegen den Spitalpfündner Nikolaus Weitlufft aus Schwäbisch Gmünd im Jahr 1650. Einhorn Jahrbuch 2001, S.167-190; Klaus Jürgen Herrmann : "...man lebt nur überhaupt und folgt dem alten Schlendrian nach". Schwäbisch Gmünd vor 200 Jahren - Das Jahr 1801. Einhorn Jahrbuch 2001, S.90-93; Klaus Jürgen Herrmann : 200 Jahre Säkularisierung und Mediatisierung in Schwäbisch Gmünd.. Einhorn Jahrbuch 2002,S.81-110; Wolfgang Zimmermann : Fulradzelle in Schwäbisch Gmünd. Württembergisches Klosterbuch ,Ostfildern 2003 S.440; Klaus Jürgen Herrmann : Franziskanerkloster. . Württembergisches Klosterbuch ,Ostfildern 2003 S.440-442; Klaus Jürgen Herrmann : Augustiner-Eremiten in Schwäbisch Gmünd. . Württembergisches Klosterbuch ,Ostfildern 2003, S.442-444; Klaus Jürgen Herrmann : Dominikanerkloster in Schwäbisch Gmünd. . Württembergisches Klosterbuch ,Ostfildern 2003, S.444-445; Klaus Jürgen Herrmann : Kapuzinerkloster in Schwäbisch Gmünd. . Württembergisches Klosterbuch ,Ostfildern 2003 S.446-447;Klaus Jürgen Herrmann : Dominikanerinnenkloster Gotteszell. . Württembergisches Klosterbuch ,Ostfildern 2003 , S.448-450; Klaus Jürgen Herrmann : Franziskaner - Terziarinnen In Schwäbisch Gmünd. . Württembergisches Klosterbuch, Ostfildern 2003, S.450-451; Chronik der Stadt Schwäbisch Gmünd, zusammengestellt Klaus Jürgen Herrmann, ab ovo bis2002. Computer Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd (privat) .

Richard Strobel: Die Kunstdenkmäler in Baden-Württemberg : Hrsg. Landesdenkmalamt Baden-Württemberg.Bd. I : Kirchen und Profanbauten der Altstadt, Ortsteile. Deutscher Kunstverlag München - Berlin 2003 ; Richard Strobel: Die Kunstdenkmäler in Baden-Württemberg : Hrsg. Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Bd.IV : Kirchen und Profanbauten der Altstadt, Ortsteile. München - Berlin 2003; Ulrich Müller : Vom Musketier zum Gl. Geschichte der Gmünder Garnisonen. Veröffentlichungen des Stadtarchivs Schwäbisch 2003. Klaus Jürgen Herrmann : Von der Reformation zur Säkularisation. Geschichte des Ostalbkreises von 1500 bis 1800. In : Der Ostalbkreis (Hrsg. Klaus Pavel), Aalen 2004, 247 – 291

< Häuser >
 < Kirchen >
 < Kapellen >
 < Strassen, Straßen >